

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Verfassungsänderungen geplant

Die Bundesregierung in Islamabad plant über die Änderung zahlreicher Verfassungsartikel, das Amt des Premierministers zur alleinigen machtpolitischen Schlüsselposition im Staat aufzuwerten. Dies berichtet die pakistanische Wochenzeitung 'Friday Times' in ihrer Ausgabe vom 6. Februar. Demnach arbeitet das Justizministerium gegenwärtig zu rund 30 Artikeln der Verfassung Neufassungen aus, die zu einem Verfassungsergänzungspaket geschnürt dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt werden sollen. Da die gegenwärtig amtierende Koalitionsregierung im Parlament über die hierzu erforderliche Zweidrittelmehrheit verfügt, wäre dies nur noch Formsache.

Im Kern zielt die angepeilte Verfassungsreform nach den bisher vorliegenden Informationen darauf ab, die personelle Besetzung der Spitzenpositionen aller wichtigen staatlichen Institutionen in den Verantwortungsbereich des Premierministers zu verlagern. So soll der Regierungschef über seine bisherigen Domänen hinaus künftig auch die Provinzgouverneure, den Vorsitzenden des Rechnungshofes, den Generalstaatsanwalt, den Vorsitzenden der Wahlkommission, den Vorsitzenden des Supreme Court nebst aller Verfassungsrichter und die Oberkommandierenden der Streitkräfte ernennen dürfen. Bislang waren dies Kompetenzen, die dem jeweiligen Präsidenten vorbehalten waren. Tritt die Verfassungsreform in der skizzierten Form in Kraft, droht dem Amt des Staatsoberhauptes die endgültige Degradierung zu einem rein repräsentativen Posten. Schon im Rahmen der im April 1997 von der Sharif-Regierung verabschiedeten Verfassungsänderungen (siehe hierzu 'Südasiens', 2/97) war die während der Militärdiktatur von Zia-ul-Haq in der Verfassung verankerte Vormachtstellung des Präsidenten kräftig zusammengestutzt worden. Doch während die meisten Beobachter die Verfassungsreform vor einem Jahr noch als "wichtigen Schritt in Richtung Demokratisierung und Gewaltenteilung" lobten, wird jetzt in den Leitartikeln führender Zeitungen einhellig vor der sich abzeichnenden Machtakkumulation in der Hand des Regierungschefs gewarnt. Vor allem stoßen sich viele Experten daran, daß es in Zukunft praktisch unmöglich wird, den Premierminister vor Ablauf seiner

Amtszeit abzusetzen. Sowohl der Präsident als auch das Verfassungsgericht sollen das in gewissen Fällen noch existierende Recht hierzu verlieren. Auch Mißtrauensvoten gegen den Premier im Parlament sollen über eine deutliche Anhebung der hierfür notwendigen Abgeordnetenzahl erschwert werden. Fazit der Kommentatoren: Der derzeitige Amtsinhaber Nawaz Sharif steht kurz davor, sich mit Hilfe seiner komfortablen Mehrheit im Parlament eine nahezu unantastbare Machtposition zu erarbeiten.

Opferzahlen zum Terror in Karachi veröffentlicht

1997 sind nach offiziellen Angaben der Behörden in der sindhischen Millionenmetropole Karachi 385 Menschen bei politisch motivierten Gewalttaten getötet worden. Dies berichtete die Tageszeitung 'Dawn'. Allein mehr als hundert Aktivisten politischer und religiöser Organisationen verloren demnach ihr Leben als Opfer interner bewaffneter Auseinandersetzungen mit rivalisierenden Gruppierungen. Hauptleidtragende solcher Übergriffe und Anschläge waren wie schon in den Jahren zuvor die beiden in einen erbitterten Untergrundkrieg verstrickten Fraktionen der 'Mohajir'-Partei (MQM), die jeweils 59 beziehungsweise 51 Tote zu beklagen hatten. Auf das Konto der Blutfehde zwischen verfeindeten sunnitischen und schiitischen Terrorgruppen wie der 'Anjuman Sipah-e Sahaba Pakistan' (ASSP) sowie der 'Tehrik-e-Jafria-e-Pakistan' (TJP) fielen auf beiden Seiten insgesamt 28 Aktivisten zum Opfer. Außerdem wurden nach Behördenangaben im Jahresverlauf 23 Polizisten von Terroristen getötet. Hinzu kamen noch die Opfer diverser Mordanschläge gegen Repräsentanten staatlicher Unternehmen und sonstiger offizieller Funktionsträger sowie die bei Attentaten auf Busse und Moscheen ermordeten Zivilisten. Zu deren Gesamtzahl macht die vorgelegte Statistik jedoch keine Angaben. Aus gutem Grund: Denn aus der Differenz zur Gesamtzahl aller offiziell bestätigten Terrorismusopfer hätte sich leicht errechnen lassen, wie viele Tote "offiziell" auf das Konto der Sicherheitskräfte gehen. Selbst gutgläubigen Lesern drängt sich da der Verdacht auf, daß die Behörden etwas zu verschleiern suchen. Die MQM kommentierte in einer

ersten Reaktion das zur politischen und religiösen Gewalt in Karachi veröffentlichte Datenmaterial mit dem offenen Vorwurf der Fälschung: So seien 1997 allein 420 Mitglieder und Aktivisten der MQM getötet worden. 70 davon starben demnach durch die Hand der Sicherheitskräfte. Außerdem wurden nach Angaben der MQM-Führung im Jahresverlauf über 1.000 der MQM nahestehende Menschen verhaftet, von denen noch mehr als 400 in verschiedenen Gefängnissen einsitzen sollen. Die religiösen Parteien setzten der Statistik der Behörden inzwischen ebenfalls deutlich höhere Opferzahlen entgegen.

Jahresstatistik 1997 zur religiösen Gewalt im Punjab vorgelegt

Im letzten Jahr sind allein in der bevölkerungsreichsten Provinz Punjab 97 religiös motivierte Gewalttaten registriert worden, bei denen insgesamt 200 Menschen getötet und 175 weitere verletzt wurden. Diese Zahlen errechnete die Tageszeitung 'Dawn'. Damit markiert 1997 den vorläufigen blutigen Höhepunkt in dem seit zehn Jahren anhaltenden Untergrundkrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Terrorgruppen. Wie das Blatt betont, sind die sprunghaft angestiegenen Opferzahlen vor allem darauf zurückzuführen, daß die in diesem Kontext verübten Gewalttaten im letzten Jahr eine bislang nicht gekannte Qualität erreichten. Denn während früher die meisten Opfer auf das Konto gezielter Attentate auf hohe Funktionäre und Führer der gegnerischen Partei gingen, stellen erstmals völlig unbeteiligte Bürger, darunter zahlreiche Kinder und Frauen, den Löwenanteil der Getöteten. Fast alle von ihnen starben bei einem der insgesamt acht Feuerüberfälle auf Moscheen während der Gebetszeit, die mit Schnellfeuergewehren Bewaffnete im abgelaufenen Jahr verübten, oder bei einem von zwei Bombenattentaten. Bemerkenswert ist außerdem, daß offenbar immer häufiger mißliebige Ärzte, Rechtsanwälte und Geschäftsleute ins Fadenkreuz militanter Islamisten geraten.

Iqbal-Preis für Annemarie Schimmel

Die emeritierte Bonner Islamwissenschaftlerin Annemarie Schimmel ist am 12. Februar in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore im Rahmen eines

Festakts der renommierten Iqbal-Akademie mit dem 'International Presidential Iqbal Award' geehrt worden. Die in Pakistan schon seit Jahrzehnten sehr bekannte Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels von 1996 erhielt die mit einem Preisgeld in Höhe von 500 US-Dollar und einer Goldmedaille verbundene Auszeichnung in Würdigung ihrer Verdienste um die Interpretation des Lebenswerkes des pakistanischen Nationaldichters und Philosophen Muhammad Iqbal. Gleichzeitig wurde Schimmels bereits 1963 erschienenen Buch "Gabriels Wing. A Study into the religious ideas of Sir Muhammad Iqbal" zur besten fremdsprachigen Arbeit über den als geistigen Vater Pakistans verehrten Iqbal erklärt.

Keiner der Festredner versäumte es, auf die besondere Bedeutung der Werke Goethes für das eigene literarische Schaffen Iqbals, der in München und Heidelberg studiert hatte und als intimer Kenner der deutschsprachigen Literatur

galt, hinzuweisen. Auch Schimmel selbst befaßte sich in ihrem eigenen Vortrag mit dem Einfluß Goethes, der selbst wiederum seinen "West-östlichen Diwan" unter dem Eindruck der Schriften des mittelalterlichen islamischen Dichters Maulana Rumi geschrieben hatte, auf Iqbal.

Pikanterie am Rande: Die Lobreden auf die große Affinität zwischen Goethe und Iqbal als wichtigsten Repräsentanten der deutschen und pakistanischen Literatur sowie die Preisverleihung an Annemarie Schimmel als bedeutenster Apologetin dieser Tradition fällt mit der kürzlich bekanntgegebenen Entscheidung der deutschen Bundesregierung zusammen, das Goethe-Institut in Lahore zu schließen. Nur die Zweigstelle im fernen Karachi soll erhalten bleiben.

Diese Maßnahme belastet derzeit die Beziehungen beider Länder, wie aus dem Auswärtigen Amt in Bonn zu hören ist. Islamabad wertet die Schließung des deutschen Kulturinstituts offenbar als

Indikator für einen anhaltenden Bedeutungsverlust Pakistans in den Augen der deutschen Außenpolitik, was vor allem im Kontext des pakistanisch-indischen Konflikts um Kaschmir mit Sorge gesehen wird. Auch im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit weisen die Mittelzusagen Deutschlands seit mehreren Jahren eine stark rückläufige Tendenz auf.

Dürre bedroht Ernte in Pakistan

Eine seit Wochen anhaltende Trockenperiode droht insbesondere im Süden des Landes die heranwachsende Weizenernte zu vernichten. Während in den Anbaugebieten der nördlichen Provinz Punjab am Oberlauf des Indus-Flußsystems der Bedarf der gefährdeten Saaten derzeit noch per künstlicher Bewässerung gewährleistet werden kann, sitzen die Bauern im flußabwärts gelegenen Sindh buchstäblich auf dem Trockenen.

Pakistans neuer Präsident Rafiq Tarar

Wird der Richter zum Henker der Demokratie?

von Jorge Scholz

"König der Kontroverse" - so überschrieb kürzlich das einflußreiche pakistanische Nachrichtenmagazin 'The Herald' eine kritische Kurzbiographie zum Amtsantritt des neuen Präsidenten am 1. Januar diesen Jahres. Und tatsächlich gab es wohl noch nie in der 50jährigen Geschichte des Landes eine so umstrittene Persönlichkeit auf dem Posten des Staatsoberhauptes von Pakistan. Denn Leumund und Lebenslauf des siegreichen Überraschungskandidaten, den Premierminister Nawaz Sharif nach dem Rücktritt des bisherigen Amtsinhabers Farooq Leghari im November 1997 in einem einsamen Beschluß unter Mißachtung aller ambitionierten Aspiranten und zur völligen Verblüfung selbst enger Parteifreunde mit dem Ticket der Regierungspartei 'Pakistan Muslim League' (PML) durch die Präsidentschaftswahlen schleuste, lesen sich nicht gerade als Empfehlung. So eilt dem erzkonservativen Verfassungsrichter im Ruhestand der zweifelhafte Ruf voraus, ein Frauenfeind und hartgesotter Gegner religiöser Minderheiten zu sein. So ist beispielsweise überliefert, daß Tarar in seiner Jugend aktives Mitglied einer staatsfeindlichen militant-islami-

schen Gruppierung war und Angehörigen der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft Messerstechereien lieferte. Vor allem aber wurden von düsteren Vorahnungen geplagte prominente pakistanische Menschenrechtler und Intellektuelle in den letzten Wochen nicht müde, immer wieder an einige höchst umstrittene Urteile zu erinnern, die Tarar in den Jahren seiner Tätigkeit als Richter des Supreme Court zu verantworten hatte.

Da dem neuen ersten Bürger der Islamischen Republik in seinem immer noch mit beachtlichen Machtbefugnissen ausgestatteten Amt in der politischen Arena Pakistans eine Schlüsselrolle zukommt, bietet der Blick in die Details dieser Biographie aufschlußreiche Anhaltspunkte für die weitere politische Entwicklung im Land. Dies vor allem im Hinblick auf die sich derzeit in der Vorbereitungsphase befindende Verfassungsreform, die auf die Kastrierung sämtlicher machtrelevanten Kompetenzen des Präsidenten zugunsten einer entsprechenden Aufwertung des Premiers hinausläuft. Das weitere Schicksal der Demokratie Pakistans hängt also in hohem Maße auch da-